

## JUNGE UNION BERLIN:

# Tim Peters neuer Vorsitzender

**Im**  
**Blick**  
**GEIZ IST**  
**BLÖD**

Entgegen manch landläufiger Werbekampagne für deutsche Elektronikmärkte, wird im benachbarten Ausland anders gedacht. Beispiel Österreich, genauer gesagt Wien. Hier wird gelebt, was Berlin sich ursprünglich mal so vorgestellt hatte. Drehscheibe zu Mittel- und Osteuropa, Kulturmetropole und Stadt des Wissens. Opern, Theater, Universitäten – das gesamte Lebensgefühl steht im Dienste einer strategischen Ausrichtung für die Zukunft. Auch die Finanzen. Opern von Weltruf werden als Investition begriffen, nicht als Subvention. Nicht die Finanzen sind das Primat der Politik, sondern der Blick in künftige Entwicklungen. Die Reise von Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses in die österreichische Hauptstadt hat allen Beteiligten sehr klar vor Augen geführt, dass der Berliner Politik derzeit etwas Entscheidendes fehlt. Eine Vision für Politik, Wirtschaft und Bevölkerung – ein Ziel, für das es sich lohnt, sich gemeinsam anzustrengen. (mw)

Die Junge Union Berlin hat einen neuen Landesvorstand gewählt. Zum Nachfolger des Spandauer Abgeordneten Kai Wegner im Amt des Landesvorsitzenden wurde der 29-jährige Tim Peters bestimmt.

Peters war bislang Beisitzer im Landesvorstand und stammt aus dem Kreisverband Mitte. Der Jurist und Doktorand der Politikwissenschaften ist seit 1988 JU-Mitglied und war von 1995 bis 2001 an der Uni Dresden sowie an der Humboldt-Uni Mitglied im RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten).

Die neue Stellvertreterriege besteht aus Katja Pohlmann (28

Jahre, Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Dietrich Tempelhof-Schöneberg) und Jan Sijbrandij (27, Steglitz-Zehlendorf).

Der Neuköllner Falko Liecke ist neuer Landesgeschäftszweimester. Christian Flämig aus Spandau wurde zum Landespressesprecher gewählt.

Bei den Beisitzern wurden gewählt:

Karsten Woldeit (28, Reinickendorf), Christian Krau-

se (23, Steglitz-Zehlendorf), Anke Ludwig (24, Charlottenburg-Wilmersdorf), Christina Schwarzer (26, Neukölln) und Wolfgang Wehr (29, Kreuzberg-Friedrichshain).

Die Landeskonferenz wurde durch die Anwesenheit von Polit-Prominenz aus JU und CDU geehrt. Der JU-Bundesvorsitzende, Philipp Missfelder, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte und Kandidat für den CDU-Landesvorsitz, Joachim Zeller, Spandaus Bezirksbürgermeister, Konrad Birkholz, und der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Dieter Hapel, richteten Grußworte an die Delegierten.



Der neue JU-Vorsitzende, Tim Peters (Mitte) mit seinem Vorgänger, Kai Wegner, rechts) und dem JU-Landesgeschäftsführer Christian Wohltrabe

## BOTANISCHER GARTEN VON SCHLIESSUNG BEDROHT Junge Union und CDU empört über Berliner Senat

Der Botanische Garten erreicht Spitzenplätze. Er steht weltweit an dritter Stelle der artenreichsten Gärten (22.000 Pflanzen), besitzt das größte Tropenhaus und gehört mit fast 400.000 Besuchern pro Jahr zu den meistfrequentierten Einrichtungen seiner Art. Die massiven Kürzungen, die der Berliner Senat bei den Universitäten angekündigt hat, bedrohen nun auch seine Existenz als Einrichtung der Freien Universität. Ein herber Rückschlag nicht nur

für Steglitz sondern für ganz Berlin. Die Junge Union Steglitz-Zehlendorf setzt sich deshalb gemeinsam mit dem CDU Ortsverband Schlossstraße für den Erhalt des Botanischen Gartens ein und hat hierzu schon erfolgreich Unterschriften gesammelt.

„Die Menschen sind geradezu in Scharen zu unseren Infoständen zum Unterschreiben“, sagte Marina Martiensen, Vorsitzende des CDU Ortsverbandes. Daniel Göler, Kreisvorsitzender der Jun-

gen Union Steglitz-Zehlendorf, fügte hinzu: „Bemerkenswert war auch, wie viele junge Menschen gegen die Schließung protestierten.“

Die JU Berlin hat sich auf ihrer letzten Landestagung mit riesiger Mehrheit für die Erhaltung des Botanischen Gartens ausgesprochen. Bleibt nur zu hoffen, dass soviel Bürgerengagement Wirkung zeigt und der rot-rote Senat doch noch zur Vernunft gebracht werden kann.



## ERMORDUNG EINES SEK-POLIZISTEN

# CDU-Juristen verlangen Korrekturen im Ausländerrecht

Der Berliner CDU-Juristenverband, der Arbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen fordert schnelle Konsequenzen nach den tödlichen Schüssen auf einen SEK-Beamten.

Wolfgang Hummel, der Vorsitzende: „Wieder einmal erweist sich, dass fehlende Konsequenz bei der ausländerrechtlichen Klärung der Herkunftsländer von angeblichen Bürgerkriegsflüchtlings und großzügige Aufenthaltsgestattung in Berlin mittlerweile einen Nährboden für organisierte Kriminalität hat entstehen lassen.“

Der ACDJ fordert die Schaffung von Arbeitsgruppen, die den Status der sich in Berlin aufhaltenden angeblichen Bürgerkriegs-

flüchtlinge aus dem Balkan und dem Nahen Osten klärt. Hintergrund ist die Feststellung, dass viele angeblich staatenlose Palästinenser oder Libanesen in Wahrheit aus der Türkei stammen. Vergleichbares gilt für Sinti und Roma-Familien, die vorgeben nicht aus Rumänien, sondern aus dem Kosovo zu stammen, um eine Abschiebung zu verhindern.

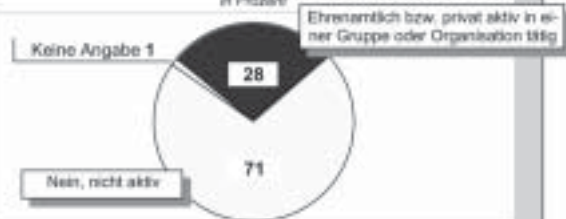
Erforderlich sind nach Ansicht der CDU-Juristen auch Verhandlungen mit den Staaten von denen bekannt ist, dass ihre Botschaften kein Interesse an der Neu-Ausstellung angeblich verlorener Reisepässe ihrer eignen Staatsangehörigen haben. Der Libanon und einige afrikanische Staaten gehören dazu. Notwendig sei darüber hinaus, ins-

besondere bei kriminellen Großfamilien, die enge Zusammenarbeit von Sozialämtern, Ausländerbehörde und Polizei. Wolfgang Hummel: „Die Sozialämter erfahren zu spät oder gar nicht, gegen wen ein Haftbefehl vorliegt. Bei vielen Ermittlungen fehlt es auch an der Kooperationsbereitschaft der Sozialämter mit der Polizei. Dieses Verhalten nutzt den Straftäter. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Sozialhilfe ist für viele Täter neben illegalen Geschäften eine wichtige Geldquelle. Das Sozialamt darf kein ermittlungsfreier Schonraum sein. Nach dem Polizistenmord ist ein klares Signal an das kriminelle Milieu gefordert.“

## Ehrenamtlich aktiv

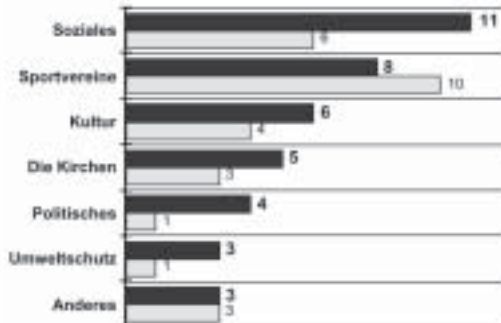
FRAGE: „Haben Sie ein Ehrenamt, oder arbeiten Sie auf andere Weise privat aktiv in Gruppen oder Organisationen mit?“

Deutsche Bevölkerung ab 16 Jahre  
in Prozent



FRAGE (falls aktiv): „Wofür setzen Sie sich da vor allem ein?“

■ Dav. insgesamt □ Unter-30-Jährige



QUELLE: Aalenbacher Archiv, IBO-Umfrage 7007